



Erklärung der Frühjahrsvollversammlung 2011

Familien brauchen Unterstützung – Entlastung – Anerkennung

Wenn wir Christinnen und Christen von Ehe und Familie sprechen, geht es um die Beziehungen zueinander: um Liebe, Partnerschaft, Verantwortung füreinander und Treue. Damit ist Familie ein Ort, in dem die „Fülle des Lebens“, wie Gott sie uns verheißt, erlebbar wird. Auf der Grundlage dieser Beziehungen leben nicht nur die Familienmitglieder, sondern schöpft auch die Gesellschaft Zukunft.

„Die Familie ist ein notwendiges Gut für die Völker, ein unverzichtbares Fundament für die Gesellschaft und ein großer Schatz [...] dafür tragen alle eine große Verantwortung.“
(Papst Benedikt XVI: Welttreffen der Familien in Valencia)

Das ist der Auftrag, dem wir alle uns in Kirche und Gesellschaft stellen wollen. Dazu braucht es Rahmenbedingungen, unter denen Familien das Wohl ihrer Kinder mit ihren eigenen privaten und beruflichen Bedürfnissen in Einklang bringen können.

Wir sehen, dass

- nach wie vor junge Menschen Ehe und Familie als Ziel ihres Lebensentwurfes bejahen
- Kinder immer noch für Familien das Risiko eines ökonomischen Abstiegs und sozialer Ausgrenzung bergen
- der Nutzen, den Familien für den Generationenvertrag erbringen, der Gesellschaft dient, sie aber mit den Kosten für die nachkommende Generation weitgehend allein bleiben
- Verbesserungen in den Angeboten für Familien, wie z.B. der Ausbau der Kinderbetreuung oder die Einführung eines Erziehungsgeldes weniger mit einer neuen Zuwendung zu Familien zu tun hat, sondern wirtschaftlichen und demographischen Erfordernissen der Zukunft dienen
- Familien diejenigen sind, die am meisten unter den finanzpolitischen Kürzungen der letzten Jahre leiden
- Kinder und Jugendliche als Störfaktoren wahrgenommen werden

Zusammenfassend stellen wir fest: In Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kirche bleiben die Rahmenbedingungen für Familien mangelhaft.

Deshalb fordern wir:

Unterstützung und Entlastung für Familien!

1. Die Entscheidung für Kinder darf nicht in den ökonomischen Abstieg führen!

Familien brauchen ein existenzsicherndes Einkommen. Deswegen sind der Abbau von ungerechten Lohnunterschieden und die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns erforderlich.

Befristete Arbeitsverträge oder Leih- und Zeitarbeit führen zu Verunsicherung und Ängsten und belasten das Leben in der Familie. Die Formen des Zugangs zu diesen Arbeitsplätzen sind deswegen zeitlich zu begrenzen.

Die Einführung einer Kindergrundsicherung kann Kinder auf Dauer vor Armut schützen. Erziehung ist eine anspruchsvolle und fordernde Tätigkeit, die der gesamten Gesellschaft in vielfacher Weise zu Gute kommt. Deshalb fordern wir die Einführung eines

angemessenen Erziehungsgehaltes und die verstärkte Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei Rentenansprüchen.

2. Familien haben Anspruch auf mehr Gerechtigkeit!

Eine solidarische Sozialversicherung (Rente, Gesundheit, Pflege) honoriert die Leistung von Familien und bezieht als Bemessungsgrundlage alle Einkunftsarten (auch Zinsen und Mieten) mit ein.

Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für familiennahe Dienstleistungen und Produkte.

Einführung des Familiensplittings.

Berechnung des Hartz-IV-Satzes für Kinder an deren tatsächlichen Bedürfnissen.

Familien brauchen die Förderung bezahlbaren Wohnraums.

Familien brauchen ein Wohnumfeld, in dem sich Kinder ungefährdet bewegen können und das den Kontakt zu anderen Kindern und Jugendlichen ermöglicht. Familiengerechte Infrastruktur braucht familienspezifische Dienste (Arzt, Beratung, therapeutische Dienste) vor Ort und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Kinder, Jugendliche und ihre Eltern brauchen ortsnahe Bildungsangebote, insbesondere Kindertagesstätten, und Grundschulen. Weiter sind gebundene Ganztagschulen flächendeckend anzubieten.

3. Familien brauchen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Es muss der Grundsatz gelten: „Jobs“ werden familienfreundlich gestaltet und nicht Familien sollen „jobtauglich“ sein. Das bedeutet: Arbeitgeber nehmen Rücksicht auf die Zeitbedürfnisse der Eltern in den verschiedenen Familienphasen und erleichtern so den Familienalltag.

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht es flächendeckend einen qualitativen Ausbau von Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten, Ganztagschule und Tagespflege. Familien brauchen Zeit für sich – der umfassende Schutz des Sonntags ist wichtig, damit Familien wenigstens einen Tag haben, den sie frei von Pflichten für sich gestalten können und der es ermöglicht, Gemeinschaft mit anderen zu pflegen.

4. Kirche ist familienfreundlich und kinderfreundlich

in Beratung und Begleitung von Familien, insbesondere in schwierigen Situationen mit Offenheit und Respekt für die Vielfalt von heutigen Familienformen

in der Beheimatung von Familien in der Pfarrgemeinde

Kinder, Jugendliche und Familien in der Liturgie mitdenken

sich mit der Lebenswirklichkeit geschieden-wiederverheirateter Partner und ihrer Familien positiv auseinandersetzen und ihnen einen neuen Weg in der Kirche eröffnen

als Träger von Kindertagesstätten

weil sie Familien Nachbarschaftshilfe und den Auf- und Ausbau sozialer Vernetzung ermöglichen. Sie sind Orte des ganzheitlichen Lernens innerhalb der Pfarrgemeinde und Teil der Verlebendigung von Kirche.

im Anbieten einer Vielzahl von Diensten und Einrichtungen (Erziehungsberatung, Lebenshilfe, Schuldnerberatung), die unterstützende Begleitung wie auch konkrete Hilfestellungen in Notsituationen leisten und Familien befähigen den Alltag zu meistern.

Als Ausdruck der grundsätzlichen Wertschätzung, die Kirche den Familien entgegenbringt, wird für die Wahl des PGR das Kinder- und stellvertretende Elternwahlrecht eingeführt.

Die für Familie notwendige Anerkennung drückt sich nicht nur aus in der Umsetzung unserer Forderungen für Unterstützung und Entlastung, sondern vor allem auch durch ein familienfreundliches Klima in unserer Gesellschaft.

Anerkennung liegt auch in der Wertschätzung von Frauen und Männern, die sich für Familie und Kinder entscheiden.

Die Erklärung wurde auf der Vollversammlung am 26.3.2011 beschlossen.